

## EINLADUNG

### 12. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung

---

**Sitzungstermin:**            **Mittwoch, 07.09.2022, 17:30 Uhr**

**Raum, Ort:**                **BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin**

---

#### Tagesordnung

- 1    Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2    Annahme offener Niederschriften: 6., 7. und 8. Niederschrift
- 3    Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung
- 4    Sachstand Bereichsentwicklungsplanung
- 5    Sachstand Neubau Konstanzer Str. / Hohenzollerndamm
- 6    Die Berliner müssen wohnen UND arbeiten: Gewerbeflächen in Flächennutzungsplänen erhalten!  
CDU-Fraktion **1519/5**
- 7    Brandsicherheitsschauen sicherstellen  
FDP-Fraktion ( LiegIT m., Stadt ffd) **0040/6**
- 8    Fingierte Gerüstwerbung den Kampf ansagen  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **0173/6**
- 9    Verschiedenes
- 10  Nichtöffentlicher Teil

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Fenske  
Ausschussvorsitzender

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
CDU-Fraktion  
Klose/Hertel

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 1519/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Die Berliner müssen wohnen UND arbeiten: Gewerbeflächen in Flächennutzungsplänen erhalten!**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, beim Senat einzufordern, dass die bestehenden Flächennutzungspläne für Gewerbeflächen nur dann zum Nachteil von Gewerbeflächen geändert werden, wenn gleichzeitig im gleichen Umfang neue Gewerbeflächen an anderer Stelle im Bezirk ausgewiesen werden.

Der BVV ist bis zum 31. August 2020 zu berichten.

Begründung:

Der derzeit herrschende Druck auf den Wohnungsmarkt führt zu einem zunehmenden Druck auf bestehende und ausgewiesene Gewerbeflächen. Die kurzfristige Verlockung ist groß, diese Flächen für Wohnbebauung freizugeben, da der Wohnungsbau derzeit wirtschaftlich häufiger attraktiver ist.

Man darf aber nicht vergessen, dass die Menschen im Bezirk nicht nur irgendwo wohnen, sondern auch irgendwo arbeiten müssen. Gewerbeflächen sind auch nicht nur Arbeitsort für viele Berliner, sondern auch notwendige Fläche für die Versorgung der in Berlin lebenden Menschen mit notwendigen Gütern aller Art.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
FDP-Fraktion  
Recke/Heyne

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 0040/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Brandsicherheitsschauen sicherstellen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, der BVV in einem schlüssigen Gesamtkonzept darzustellen, wie die gesetzlich vorgeschriebene Pflichtaufgabe der Brandsicherheitsschauen durch die Bauaufsicht bei Sonderbauten - Priorität müssen hier die bezirklichen Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und Heime haben - im Rahmen der vorgeschriebenen Fristen sichergestellt wird. Die Hinweise aus der DRS 0368/5 sind hier zu berücksichtigen, jedoch die darin gegebenen Aussagen konkret zu unterlegen.

Begründung:

Aufgrund der personellen Situation im Bezirksamt war es in der WP 5 nicht möglich, die gesetzlich vorgeschriebene Pflichtaufgabe der Brandsicherheitsschauen bei Sonderbauten sicherzustellen. Hierauf hat die BVV das Bezirksamt in wiederholten Anträgen aufmerksam gemacht und ist somit seiner Kontrollfunktion gegenüber dem Bezirksamt nachgekommen. Jedoch ist eine Rückkehr zu fristgerechten Brandsicherheitsschauen bisher nicht feststellbar, weswegen das Bezirksamt hier zum Handeln aufgefordert wird, da diese Sicherheitslücke nicht akzeptabel ist.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Kempf/Weise/Chen

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 0173/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Fingierte Gerüstwerbung den Kampf ansagen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich beim Senat von Berlin für eine Novellierung der Berliner Bauordnung einzusetzen, die eine strengere Genehmigungspraxis für Werbeanlagen sowie eine Anhebung der Bußgelder vorsieht.

**Begründung**

Einige Baustellen werden unnötig verzögert oder gar fingiert, um Werbeeinnahmen zu erzielen. Dieser Praxis, die aus Gründen der Profitorientierung zulasten gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse geht, soll im Zuge der Novellierung entgegengewirkt werden.